

Bibliographische Informationen

Weber-Fas, Rudolf: Über die Staatsgewalt. Von Platons Idealstaat bis zur Europäischen Union, Verlag C.H. Beck, München 2000, 335 Seiten, € 44,—.

Am Vorabend des allerorten angekündigten Abschieds vom souveränen Nationalstaat erscheint es zwingend, darüber zu reflektieren, was den Staat über mehr als zwei Jahrtausende hinweg ausgemacht und seine Gewalt legitimiert hat. Der Staatsrechtslehrer in Mannheim unternimmt eine tour d'horizon der Ideenwelt maßgebender europäischer Staatsdenker – von *Platon* bis *Carl Schmitt*, von welchem er direkt in seinen Ausblick auf die Postmoderne springt. In *Weber-Fas'* Lesart ist *Schmitt* der erste postmoderne und „postnationale“ (*Jürgen Habermas*) Staatsphilosoph. Das ist gewiss provokativ, hat aber manches für sich und deutet auf *Schmitts* zwar ambivalente, aber ungebrochene geistige Anziehungskraft hin. In der Tat hat *Schmitt* mit dem Heraufziehen der Demokratie die Epoche der Staatlichkeit untergehen sehen, identifizierte er die pluralistische Demokratie als den totalen, alles politisierenden Staat, der – weil er naturnotwendig in Chaos und Anarchie abgleite – durch *Hitlers* Führer-Staat wieder „ins Recht“ zu setzen sei. *Weber-Fas'* Auswahl bietet bis ins 19. Jahrhundert hinein einen annähernd kanonischen Querschnitt europäischer Staatsdenker, das unübersichtliche 20. Jahrhundert ist mit *Schmitt* und *Max Weber* jedoch nur unzureichend vertreten. Mit dieser Einschränkung eignet sich das Werk als staats-theoretische Einführung und als Nachschlagewerk: Jedem Denker ist ein eigenes Kapitel mit Kurzbiographie und quellennaher, fast exzerprierender Wiedergabe seiner klassischen Schriften gewidmet. Nützlich ist das ausführliche Personen- und Sachregister.

P. H.

Pelinka, Anton und Sieglinde Rosenberger: Österreichische Politik. Grundlagen, Strukturen, Trends, WUV-Universitätsverlag, Wien 2000, 266 S., € 21,80.

Scharsach, Hans-Henning und Kurt Kuch: Haider. Schatten über Europa, Verlag Kiepenheuer & Witsch, 2. Aufl. Köln 2000, 332 S., € 15,50.

Nahezu zeitgleich mit dem Amtsantritt der ersten „schwarz-blauen“ Regierung im Nachkriegsösterreich haben *Pelinka* und *Rosenberger* ein Einführungswerk in die österreichische Politik vorgelegt. Während sie die Ergebnisse der Nationalratswahl vom 3. Oktober 1999 noch berücksichtigen konnten, musste der Prozess der Regierungsbildung ausgeklammert bleiben. Die grundlegenden Strukturen und Prozesse des politischen Systems der Zweiten Republik werden in diesem Lehr- und Studienbuch leicht nachvollziehbar aufbereitet. So wird verständlich, dass die scharfe Kritik am „Parteienstaat“ auch tiefere historische Gründe hat und nicht nur auf die Auswüchse des Proporzsystems zurückzuführen ist. Im (west)europäischen Vergleich, so machen die Autoren ferner deutlich, stellt sich vieles als Normalisierung dar, was in nationaler Perspektive als Erosionserscheinung erscheinen mag. Die „Entaustriifizierung“ der alpenrepublikanischen Konkordanzdemokratie ist in vollem Gange. Dazu zählt – ungeachtet seiner nationalen Spezifika – auch das Erstarken eines neuen Rechtspopulismus in Gestalt der FPÖ *Jörg Haider's*. Die im Resümee von den Autoren geäußerte Sorge, dass sich in der ausgeprägten Stärke der FPÖ möglicherweise eine neue österreichische Besonderheit ankündigt, scheint angesichts der jüngsten Wahlerfolge der Rechtspopulisten in Skandinavien und auch der *Schill*-Partei in Hamburg auf eher beunruhigende Weise unbegründet. Künftiger europäischer Belehrung in Sachen Demokratie dürfte damit der Boden endgültig entzogen sein; wie unnötig sie zuvor schon war, zeigt zum Beispiel das engagierte Buch von *Hans-Henning Scharsach* und *Kurt Kuch*, in welchem die beiden Journalisten des Wochenmagazins „News“ in penibler, manchmal idiosynkratisch anmutender Sorgfalt den für sie zweifelsfreien Rechtsextratismus in Programmatik und Organisationsstruktur der FPÖ dokumentieren.

P. H.